



Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretung  
Polizei beim Ministerium des Innern des Landes NRW , der  
Schwerbehindertenvertretungen der Landesoberbehörden LKA,  
LAFP, LZPD, DHPol und der regionalen Arbeitsgemeinschaften  
der Polizei in den Regierungsbezirken (AGSV Polizei NRW)



AGSV Polizei NRW, Friedrichstr. 62-80, 40213 Düsseldorf

Ministerpräsident  
Herrn Armin Laschet

Innenminister  
Herrn Herbert Reul

Ministerium des Innern  
des Landes NRW  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211/8713288  
Fax: 0211/871 -16-3288  
Handy: 0176/13522030

erika.ullmann-biller@im.nrw.de

Düsseldorf, 17.06.2019

## **Nachteile in der Versorgung in Fällen von durch den Dienst erworbene psychische Belastungsstörungen – rechtliche Lücken in der Dienstunfallfürsorge**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Laschet,  
sehr geehrter Herr Innenminister, sehr geehrter Herr Reul,

als Anlage übersende ich Ihnen ein Schreiben der AGSV Polizei Bund/Länder an den  
Bundesinnenminister Herrn Horst Seehofer.

Im Rahmen meiner langjährigen Tätigkeit als Hauptschwerbehindertenvertretung und  
Mitglied dieser Arbeitsgemeinschaft haben wir in der AGSV Polizei Bund/Länder  
bundesweit festgestellt, dass das Dienstunfallrecht in vielen Bereichen der Realität  
nicht gerecht wird.

Hier möchte ich auch auf mein Schreiben an Sie vom 29.09.2017 zum Thema  
„Dienstunfallrecht und benachteiligende Regelungslücke für Polizistinnen und  
Polizisten oder auch andere Einsatzkräfte bei schwerer Verletzung nach  
rechtswidrigem Angriff im Einsatzgeschehen“ hinweisen.

Die neue Landesregierung ist mit dem Ziel gestartet, die innere Sicherheit zu stärken  
und den dringend benötigten Rückhalt durch die Politik für unsere Polizistinnen und  
Polizisten wieder zu gewährleisten. Dies begrüßen und unterstützen wir  
ausdrücklich.

Die in den letzten Jahren vermisste und nun wieder entgegengebrachte  
Wertschätzung durch die neue Landesregierung gegenüber der Polizei, tut den  
Kolleginnen und Kollegen gut und sie fühlen sich wieder ernstgenommen. Eine

Veränderung in der Umgangsweise ist spürbar. Das nehmen die Kolleginnen und Kollegen wahr.

Oftmals müssen sie sich, wie man immer wieder liest, bespucken, anpöbeln, beleidigen lassen – leider kommt es aber auch häufig dazu, dass sie im täglichen Einsatz schwer verletzt werden.

Gewalt gegen die Kolleginnen und Kollegen ist schon fast zur Routine geworden. Was uns alle sehr traurig macht, zudem ist es erschreckend, wie gewaltbereit mittlerweile das Gegenüber ist.

Die gesundheitlichen Auswirkungen sind oftmals erst nach Jahren sichtbar, weil sich die Betroffenen durch den Dienst kämpfen, bis es nicht mehr geht. Aus Sorge, ihre Polizeidienstfähigkeit dadurch zu verlieren.

Sehr geehrter Herr Laschet, sehr geehrter Herr Reul,

wir als AGSV Polizei NRW möchten Sie bitten, uns auf Bundesebene zu unterstützen, damit eine Verbesserung des Dienstunfallrechtes erreicht werden kann, da die momentane Situation erhebliche Nachteile für den betroffenen Personenkreis nach sich zieht.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Erika Ullmann-Biller  
Vorsitzende der  
AGSV Polizei NRW  
[www.agsv-polizei-nrw.de](http://www.agsv-polizei-nrw.de)

*Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk, das jedem von uns jederzeit genommen werden kann. Weitestmögliche Einbeziehung in unser Leben sind wir Menschen mit allen Arten von Behinderungen und ihren Familien schuldig. Sie aber schulden uns für diese Selbstverständlichkeit weder besonderen Dank noch ständiges Wohlverhalten.*

*© Richard Freiherr von Weizsäcker  
(1920 - 2015), deutscher Jurist, CDU-Politiker, von 1984-1994 Bundespräsident der  
Bundesrepublik Deutschland*